

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1789. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 30 Pf. Insertate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220.

Dresden, Dienstag den 22. September 1908.

19. Jahrg.

## Der beginnende Entscheidungskampf um die ungarische Wahlreform.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 20. September.

Der Entscheidungskampf um die ungarische Wahlreform soll in diesem Herbst geführt werden. Auf die Herbstsession hat ja nach dreijährigem Studieren, Enquetieren, Vergögern und Ginzeln der Minister des Innern Andrássy die Öffentlichkeit vertraut. Da soll sein Reformprojekt veröffentlicht werden. Aber was wird der Entwurf der Koalitionsregierung enthalten? Soviele Gerüchte, angebliche Nachrichten und „authentische Mitteilungen“ darüber in die Öffentlichkeit gedrungen sind, so weiß man doch aus dem Wust der Widersprüche und Ungereimtheiten als Kern der Wahrheit nur herauszuschälen, daß die ungarische Regierung alle Mittel verwenden will, die geeignet sind, das Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu schwächen und zu entwerren und den Gehalten der Demokratisierung des Staatswesens ins Gegenteil zu verkehren. Nicht eine Reform, sondern eine freie Kammer hat sie im Plane, und da wird sicherlich kein Requisite fehlen: ungeheuerliche Ungleichheit der Wahlkreise, um die Nationalitäten in eine hoffnungslose Minderheit zu drängen, Bildungsprivilegien, um zugleich den Behörden freie Bahn zu Wahlbeeinflussungen zu lassen, und endlich hauptsächlich die Pluralität.

Vorläufig jedoch diese sauberen Pläne an dem Widerstand des Kaisers scheitern. Der Kaiser, der es als Organ des gewesenen Ministerpräsidenten und königlichen Vertrauensmannes Tisza wohl wissen konnte, meldet, der Herrscher habe dem Entwurf der Regierung die Voranktion verweigert. Er verlange die Einholung jenes Rates, durch den sich die Koalitionsregierung verbindlich machte, das allgemeine und gleiche Wahlrecht einzuführen. Eine Abweichung von diesem Prinzip dürfe er nur dann zugeben, wenn sie von der öffentlichen Meinung des Landes mit feiner beträchtlichen Unzufriedenheit aufgenommen würde. Es scheint, daß der Kaiser dabei der Koalition noch gepöbelt habe. Denn Tisza erzählt, der Kaiser habe mit Männern seines Vertrauens den Ausweg erörtert, bei Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts das Majorat gegen die Nationalitäten durch eine wenigstens teilweise Verkalkulation der Vertretung zu sichern; denn das Eindringen der Nationalitäten in die Komitatsvertretungen sei eine große Gefahr für das Majorat als das Anwalt ihrer parlamentarischen Vertretung. Nun muß man wissen, daß gerade die autonomen Komitate die Hochburgen der Oligarchie sind, daß von ihnen aus der Kampf gegen Wien geführt wurde, daß sie die eigentliche Herde des magyarischen Chauvinismus bilden.

Uebrigens braucht man der Krone das Bestehen an der Wahlreform als Verdienst nicht allzuhoch anzurechnen. Sie folgt dabei nur dem eigenen Vorteil. Ihre Wahlrechtspolitik hat ihr zuerst Anhang im Lande verschafft, vor allem in den Nationalitäten Sympathien erweckt. Werden die ersten Hoffnungen enttäuscht, so wird sich Zuneigung in Haß verkehren und die Krone mehr noch als in den schlimmsten Zeiten in Ungarn gänzlich auf die Unterstützung der Hofkammer angewiesen sein. Sie wird sich der Gnade derjenigen ausliefern, deren letztes Ziel eine Adelsrepublik ist, mit einem habsburgischen Scheinkönig an der Spitze. Die Krone wäre also dem Herrscher vorgeschrieben und nicht zu verfehlen. Allein ihm noch eine gefährliche Verlockung. Die Koalition bietet mit schamloser Offenheit ein schamloses Zuschlagsgeld an. Sie will der Kriegsverwaltung alle Forderungen glattweg bewilligen, wenn der Kaiser ihr das Wahlrecht ausliefern. Und das bedeutet unter anderem und recht beträchtlichem die Vermehrung des stehenden Heeres um 100 000 Mann, die Einstellung einer großen Zahl von Kapitulanten, Vermehrung der Offiziere usw. Im Frühjahr hat der Kriegsminister über das Budget der Krone gesagt: jetzt läge sich die schönste Gelegenheit, sie zu läppigen Wüthen zu dringen. Von Seiten der Koalition bedeutet das Ganze eine schamvolle Forderung, denn gerade gegen die gemeinsame Krone hat sie das Land aufgerufen. Der Kaiser wieder müßte bedenken, ob ihm einige Tausend Mann mehr erlösen könnten, was er bei dem Handel an politischer Macht verlieren muß. Aber wenn er sich auch vielleicht sogar sagt, daß er um den Preis der zweijährigen Dienzeit auch ohne bedenkliche politische Transaktionen vieles gewinnen kann, ist doch der Lockruf sehr verführerisch. Noch widersteht die Krone, es ist für ihr künftiges Schicksal entscheidend, ob sie die Kraft des Widerstandes beschäupen wird.

Rechtens können sich die Arbeiter darauf allein nicht verlassen. Sie haben mit aller Energie den Kampf um das Wahlrecht aufgenommen. Demonstration folgt auf Demonstration. Die Koalition spürt den Druck der gefährlichsten Gegner, und greift, um abzuwehren, zu allerproben Mitteln. Schon am vergangenen Sonntag freilich die Polizei ihr mögliches an Praxistätigkeit. Am Mittwoch hat sie sich selbst überlassen. Als eine Gruppe von Arbeitern, die aus der Verlesung kam, in der Nähe des Minima Theaters Soufferte ausbrachte, stürzten sie auf ein Zeichen des Polizeibeamten, die Konstabler auf die Demonstranten. Sie gebärdeten sich wie tolltollt. Harmlose Passanten und demon-

strierende Arbeiter, Frauen und Kinder wurden mit Schellen, Faustschlägen und Fußtritteln traktiert. Die Vertriebenen strengten in die dichtesten Reihen der Fliehenden. Ein Polizist schlennderte eine schwangere Frau zu Boden und schleifte sie auf dem Straßenpflaster in eine Seitengasse. Kinder wurden von den Schulgelehrten in die Höhe gehoben, zur Erde geworfen, mit den Füßen getreten, Arbeiter von der Elektrizität, auf die sie sich gestürzt hatten, heruntergezerrt und verprügelt. Es war ein wildes Gemetzel, das eine gute Viertelstunde andauerte. Allerdings haben sich die Herren diesmal übernommen, die Brutalität der Polizei selbst in der bürgerlichen Presse scharfe Kritik hervor; und deshalb wurde zum Schein eine Untersuchung eingeleitet. Doch, wie gesagt, nur zum Schein. Wie die Regierung sich zu der Sache wirklich stellt, beweist die Tatsache, daß der Oberstaatsanwalt den für Montag angekündigten Demonstrationsumzug verboten hat: angeblich, weil sich in den Abendstunden unter die friedlichen Elemente Friedensstörer einmengen, in Wirklichkeit, weil der Zug, der sich über den Konauai bewegen sollte, die Hofburg zum Zeugen der Unzufriedenheit machen würde. Und in der Ofener Hofburg weilt zurzeit der Kaiser. Die Arbeiter aber sind entschlossen, morgen einen Paradezug anzumachen, und ihn unter allen Umständen abzuhalten.

Die Frage des ungarischen Wahlrechts wird auch die österreichische Sozialdemokratie beschäftigen. Zum 27. September ist eine Reichskonferenz einberufen, der alle Mitglieder der Parteileitungen der einzelnen sozialdemokratischen Organisationen, der Deutschen, Tschechen, Polen, Italiener, Slowenen und Ruthenen, beizumohnen werden. Als Gäste sind die sozialdemokratischen Organisationen Ungarns geladen, und es werden sich wahrscheinlich Delegierte der ungarländischen (magyarischen) und deutsch-ungarischen (deutschnagelischen) Organisationen, slowakischen und rumänischen einschließen. Diese Konferenz hat den Zweck, nicht nur der Agitation in Ungarn Unterstützung zu bringen, sondern auch der Krone gegenüber energisch den Willen der proletarischen Organisationen aller Nationen Österreichs und Ungarns auszudrücken, wie es in dem Aufruf heißt: „Ihre warnende Stimme dagegen zu erheben, daß an den Vätern Ungarns ein Verbrechen begangen werde, das zugleich ein selbstmörderischer Wortbruch wäre“. Wie sehr der Koalition diese Aktion unangenehm fällt, beweist der Umstand, daß sie durch ihre Offiziellen sie zu verurteilen unternimmt. Der Budapesti Hirpal sabelt, die ungarländische Sozialdemokratie wolle beim Kaiser Anbiederung nehmen, und die österreichische habe ihr durch Best der Möglichkeit dazu verschafft oder wolle ihr die Möglichkeit dazu verschaffen. An die ganze Internationale aber hätten sich die Ungarn mit der Frage gewandt, ob ein solcher Schritt gestattet sei, aus Frankreich, England und Italien seien bereits zustimmende Antworten eingetroffen. Diese alberne Erfindung des Wiener Regierungsbürokraten drückt nichts aus als die Angst der Vererber.

## Die Parteipresse über den Parteitag.

Wir beginnen nachfolgend eine Uebersicht über die Reaktionen unserer Parteipresse über den Parteitag zu geben. Wir beschränken uns zunächst auf die Stellungnahme der Blätter zu dem Ausgang des Votums über die Budgetabstimmungen. Weitere Bestimmungen werden in nächster Nummer folgen.

Der Vorwärts schreibt am Tage nach der Entscheidung über die Budgetfrage:

„Daran ist es ein kleines Nachspiel, Genosse Segis, verlor im Namen von 86 süddeutschen Delegierten eine Erklärung des Inhalts, daß sie zwar dem Parteitag das Recht zugestanden, über die prinzipiellen und sachlichen Richtlinien für die gesamte Partei verbindliche Beschlüsse zu fassen, daß sie aber gleichwohl an der Aufstellung festhielten, daß das Recht der Organisationen der Einzelstaaten kein müsse, nach besserer Ueberzeugung über die Frage der Budgetabstimmung selbständig zu entscheiden.“

Eine eigenartige Erklärung, an der der Vorberlag den Nachschlag oder der Nachlag den Vorberlag aufzuweisen scheint. Wir glauben indessen diese widerspruchsvolle Erklärung dahin auslegen zu dürfen, daß die süddeutschen Fraktionen in freier, selbständiger Entscheidung zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß eine Budgetabstimmung künftig nur in den Ausnahmefällen zulässig ist, die die Süddeut und die im Sinne sich mit ihr bedende Nürnberger Resolution nach nunmehr zweifelhafte Klarheit des Parteitag vorliegen.

Wir bringen als der Widerheit des Parteitages das Vertrauen entgegen, daß sie den Willen der Partei gewissenhaft zu realisieren wird. Sollten wir in unserem Vertrauen getäuscht werden, so wären allerdings die letzten Konsequenzen aus diesem Verhalten zu ziehen.“

Zu seinem zusammenfassenden Artikel über den Parteitag führte der Vorwärts ferner aus: „Nicht wüthen Strauß und Parteischädigung hat uns der Nürnberger Parteitag gebracht, sondern innere Zersplitterung, die unerlässliche Einheitsfront der Aktion. Daß damit nicht für alle Zeiten der Streit um die einigehaltene Taktik beigelegt ist, wissen wir selbst am allerbesten. Aber wenn auch die Frage der Budgetabstimmung nur solange als ausstehend gilt, wie das nach Annahme der Würdener Resolution geschah, nämlich auf sechs Jahre, so wäre das schon ein Gewinn. Und wenn von revolutionärer Seite wieder behauptet wird, die ganze Auseinandersetzung, die uns 2 1/2 Tage des Parteitages gekostet habe, sei eine müßige, sei eine nutzlose Zeitvergeudung gewesen, so kennt man nachgerade die Weise und ihre Hinterabsichten. Injere revolutionären

Freunde sollen doch nicht glauben, den Massen einreden zu können, daß es „Kagalkellen“ seien, um die sie selbst so leidenschaftlich gekritten haben! Um Kleinigkeiten kämpft man nicht so zäh und erbittert wie in Nürnberg. Nein: es ist die neue Taktik des Parlamentarismus nach bürgerlichem Muster, von der man sich — natürlich aus schließlicher Ueberzeugung heraus — unbedingt veranlaßt, der man Erklärung innerhalb der Partei verschaffen wollte. Und nach dem bekannten Worte: „Es was t u t man, so was s a g t man aber nicht“, verlaßt man diese neue Taktik in aller Stille und ohne jede programmatische Ankündigung einfach in die Praxis zu überlegen. Als das nicht gelang, dachte man entsetzt den Sieg um und warf den Vertretern des bisherigen Standpunktes der Sozialdemokratie nicht nur Konfessionsmäßig vor, sondern sogar einen Rückfall in die Auffassungen der sogenannten „Jungen“. Nun, das alles hat nicht verlangt. Mit 258 gegen 118 Stimmen befähigte der Parteitag auf Vorschlag des Parteivorstandes und der Kontrollkommission die grundsätzliche Auffassung der Dresdner Resolution als auch die aus diesen Grundrissen abgeleitete Taktik des Wider Beschlußes.“

Leipziger Volkszeitung: „Die Probe fiel zumungunsten der Süddeutschen aus, und aus der peinlichsten Situation, in die sie sich selbst durch ihre „unannehmbar“ gebracht hatten, suchten sie sich durch eine Erklärung zu retten, die wiederum nichts anderes war als ein neuer schreiender Widerspruch. Wir haben schon am Sonnabend auf den Gegenstand der beiden Erörterungen Tamm und Segis hingewiesen, von denen die eine vor, die andere nach der Abstimmung abgegeben war und so sehr auch die Erklärung Segis im Augenblick ihrer Abgabe den Einbruch der Verlegenheit machte, so sehr öffnete sie für die Zukunft jeder Möglichkeit Akt und Lor.“

Chemnitzer Volksstimme: „Mit erfreulicher Schärfe ist von Webel und von anderen Rednern in Nürnberg zum Ausdruck gebracht worden, daß die feindselige Art der Verhandlungsabstimmungen derzeit nicht mehr zu bestehen vermag. Hoffentlich wird von jetzt an mehr daran gedacht, daß Parteigenossen sich auch dann zu äußern haben, wenn sie Meinungsverschiedenheiten austragen. Wie erforderlich das ist, hat sich auch auf dem Parteitage selbst gezeigt. Wir legen der Budgetfrage nicht die große prinzipielle Bedeutung bei, wie ein Teil der Gegner der Resolution, trotzdem wir sie für eine in erster Linie taktische Frage ansehen. Können nach unserer Auffassung Sozialdemokraten einem Budget nur in unangenehmen Ausnahmefällen zustimmen, wie der Würdener Beschluß besagt, die böhmischen Parteigenossen haben schließlich ihre Haltung mit dem Hinweis auf die Parteikonstitution bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu begründen gesucht. Die Bayern hatten nicht einmal einen solchen Grund anzugeben. Die Debatte hat nicht ergeben, daß ein stinngender Anlaß zur Annahme des Finanzgesetzes vorlag. Was Tamm und andere vortrugen, waren keine überzeugenden Argumente.“

„Nach Webel's maßvollen, verständlichen Ausführungen schien eine Verständigung nicht schwer zu sein. Der Antrag Frohne, der die Würdener Resolution bestätigt sehen wollte und in Zukunft vor jeder Budgetabstimmung eine Verständigung mit dem Parteivorstande fordernde, war dazu eine durchaus geeignete Grundlage. Dem, gefinde gelang, außerordentlichen Ansehen des Genossen Segis ist es wohl nur zuzuschreiben, daß die verständlichere Stimmung, die schließlich bei einem Teile der Mehrheit des Parteitages Platz gegriffen hatte, wieder verschwand.“

Besser wäre es gewesen, die Würdener Resolution hätte eine Mehrheit gefunden. Zwar an den tatsächlichen Verhältnissen wäre dadurch nichts geändert worden. Nur der äußere Einbruch wäre ein glücklicher gewesen. Die meisten süddeutschen Delegierten haben eine Erklärung abgegeben, nach welcher der Beschluß der Mehrheit als nicht bindend angesehen wird. Bürgerliche Wähler sollen deshalb von einer Abhaltung der süddeutschen Fraktionen von der deutschen Sozialdemokratie. Wer mit einer Spaltung rechnen, kennt die Klassenbewußte deutsche Arbeitererschaft schlecht. Gegenüber, die seit langem in der Partei bestehen, sind zwar in Nürnberg verachtet in die Erklärung getreten, doch hinter das bei allzeitigen guten Willen keinmal ein einträchtiges Zusammenarbeiten. So weit auch die Urtheilungen in manchen Kreisen auseinandersehen, so wie früher beherrschte auch heute noch jeden Sozialdemokraten das Verlangen, mit aller Kraft bei der Wiederherstellung der sozialistischen Gesellschaftsordnung mitzuwirken. Wegen einer Zerstückelung würde sich die Arbeiterchaft bald auflösen, ja jeden Versuch schon im Keime ersticken. Darüber ist man sich auch im Norden wie im Süden klar. Trotz der abgegebenen Erklärung, daß die Zustimmung zum Budget auch in Zukunft allein von dem pflichtgemäßen Ermessen der Landtagsfraktionen abhängen soll, zweifeln wir nicht daran, daß die Nürnberger Verhandlungen auf die süddeutschen Genossen gewirkt haben und sie veranlassen werden, rechtzeitig in Zukunft den Weg der Verständigung zu gehen.“

Sächsisches Volksblatt in Bismarck:

„Es ist unabweisbar, daß die Einheit der deutschen Sozialdemokratie auf der Nürnberger Tagung der stärksten Belastungsprobe seit dem Verlassen der Partei ausgesetzt gewesen ist. Zu dem von den Bayern so heiß ersehnten offenen Bruch ist es zwar nicht gekommen; aber es ist doch nicht zu verkennen, daß die Klüft, die schon seit einigen Jahren zwischen Nord- und Süddeutschland gähnte, nicht, wie allseitig mit Selbsttäuschung gemäht wurde, b e r e i t e t, sondern e r w e i t e r t worden ist. ... Ein tiefer Zug des gegenseitigen Mißtrauens, daran ist nicht mehr zu zweifeln, trat durch die Reiben der Parteigenossen, und gerade dieser Umstand hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß es in Nürnberg so leicht, ja sogar künstlich gelungen ist. Ohne und sonst mit seinen Ausführungen einverstanden zu erklären, darin hat Tamm-Wunden durchaus den Nagel auf den Kopf, als er erklärte: „Das Vertrauen in der Partei ist viel wichtiger als